

Opposition reklamiert Sieg in Honduras

Linke Kandidatin Castro führt bei Präsidentenwahl.

Tegucigalpa. Im mittelamerikanischen Land Honduras zeichnet sich ein historischer Machtwechsel ab: Die linke Oppositionskandidatin Xiomara Castro führte nach Auszählung in mehr als der Hälfte der Wahllokale klar bei der Präsidentenwahl.

Sollte sich der Sieg bestätigen, wäre Castro die erste Frau an der Staatsspitze – und das erste Staatsoberhaupt seit der Rückkehr zur Demokratie 1982, das nicht einer der beiden etablierten Parteien angehört.

Die Wahlbehörde teilte am Montag mit, Castro komme den Teilergebnissen zufolge auf 53,6 Prozent der Stimmen. Der Kandidat der konservativen Regierungspartei Partido Nacional, Nasry Asfura, lag demnach bei 33,85 Prozent. Die Oppositionskandidatin reklamierte den Wahlsieg in einer Rede für sich. „Wir werden eine neue Ära einleiten“, sagte sie.

„Keinen Machtmissbrauch“

Castro kündigte in ihrer kurzen Ansprache an, eine Regierung der Versöhnung bilden und die direkte Demokratie durch Referenden stärken zu wollen. „Es wird in diesem Land keinen Machtmissbrauch mehr geben“, sagte die 62-Jährige an der Seite des bekannten TV-Moderators Salvador Nasralla, der ihr Vizepräsident werden soll. Castro gehört der Partei Libre an und ist die Ehefrau des Ex-Präsidenten Manuel Zelaya, der 2009 aus dem Amt geputscht worden war.

Der amtierende Präsident, Juan Orlando Hernández von der Nationalpartei, konnte nach zwei Amtszeiten in Folge nicht erneut antreten. Dessen Bruder wurde vor wenigen Monaten in den USA wegen groß angelegten Drogenhandels zu lebenslanger Haft verurteilt. Dem Präsidenten wird vorgeworfen, ebenfalls darin verwickelt gewesen zu sein – auch ihn könnte nach Ende seiner Amtszeit im Jänner eine Anklage in den USA erwarten. (APA/DPA/Reuters)



Castro könnte die erste Frau an der Spitze des Landes werden. [AFP/Coستا]

Serbien. Oppositionspolitiker Dragan Djilas wirft Präsident Aleksandar Vučić vor, brutal gegen Kritiker vorzugehen und das Land an China zu verkaufen. Aus Brüssel komme zu wenig Hilfe.

„Ich will nicht in Kolonie Chinas leben“



SSP-Chef Dragan Djilas kündigt an, dass Serbiens Opposition dieses Mal die Wahlen nicht boykottieren werde.

[Darko Vojnovic / picturedesk.com]

VON WIELAND SCHNEIDER

Die Presse: Wie gefährlich ist die Corona-Lage in Serbien?

Dragan Djilas: Am Anfang haben Präsident Aleksandar Vučić und die Regierung gesagt, dass man wegen Corona keine speziellen Maßnahmen verhängen muss und man einfach Schnaps trinken soll, um gesund zu bleiben. 20 Tage später haben sie ihre Aussagen völlig geändert und Ausgangsbeschränkungen verhängt. Zwei Monate später hat Vučić gesagt, dass wir gegen das Virus gewonnen haben. Und er hat Wahlen angesetzt. Danach kehrte Corona zurück und die Regierung wollte erneut strenge Maßnahmen verhängen. Aber die Menschen wollten sich nicht mehr daran halten. Die Leute glauben der Regierung oder den Ärzten nicht. Nur etwa 50 Prozent der Erwachsenen sind geimpft.

Was kann getan werden, damit die Menschen der Regierung oder den Ärzten glauben?

Das ist sehr schwierig. Wir leben in einem Land, in dem – wenn es um Politik geht – viele Fake News zirkulieren. Klar ist: Der Fokus muss jetzt auf den Impfungen liegen. Unsere Regierung gibt uns keine Zahlen darüber, wie viele der Menschen, die ins Spital mussten, geimpft sind und wie viele nicht. Und wie viele davon die chinesischen Impfstoffe erhalten haben oder Pfizer oder AstraZeneca. Das wäre sehr wichtig, um ein klares Bild der Lage zu erhalten.

Sie haben die chinesischen Impfstoffe erwähnt. Zu Beginn der Pandemie hat Präsident Vučić versucht, eng mit China zu kooperieren. Wie wichtig war die

Hilfe Pekings für Serbien?

Das war kein Geschenk: Wir haben China für diese Impfstoffe bezahlt. Ich bin kein Arzt, aber es gibt in den sozialen Netzwerken viele Informationen, die darauf hinweisen, dass diese Impfung nicht so gut wirkt wie Pfizer oder Sputnik. Auch in einigen Medien werden entsprechende Zweifel über die Wirksamkeit geäußert. Dennoch hat Vučić versprochen, dass in Serbien eine Fabrik für chinesische Impfstoffe errichtet wird.

Es wirkt, als ob Serbien zwischen der EU auf der einen Seite und China und Russland auf der anderen Seite sitzen würde.

Ja, aber es ist eindeutig, dass wir auf Wunsch der Regierung mehr auf der chinesischen Seite sitzen. Wir sollten offen sein für jeden Investor, wenn er gute Löhne bei guten Arbeitsbedingungen zahlt. Aber wir haben derzeit große Probleme mit einer chinesischen Autoreifenfirma in Zrenjanin. Dort arbeiten 500 Vietnamesen unter schrecklichen Bedingungen. Das ist in Serbien ein großes Thema: Den Arbeitern wurden demnach die Pässe abgenommen. Sie lebten wie Sklaven mitten in Europa.

Zugleich wird China ein immer wichtigerer Investor in Serbien.

Wir unterschreiben mit China viele Verträge. Chinesische Firmen erhalten Aufträge ohne öffentliche Ausschreibung. Sie bauen Serbiens Straßen- und Schienennetz aus. Unsere Auslandsschulden betragen rund 30 Milliarden Euro, und wir haben mit Chinas Exportbank Verträge über weitere 15 Milliarden unterschrieben. Natürlich müssen wir Kredite aufnehmen. Aber wenn wir sie bei den Chinesen nicht zurückzahlen können, könnten sie dafür etwa unsere Elektrizitätsgesellschaft einfordern. Montenegro hat schon Probleme wegen Schulden bei China. Ich will nicht in einer Kolonie Chinas mitten in Europa leben. Die EU zählt zu Serbiens größten finanziellen Unterstützern. Zugleich glauben die Serben laut Umfragen aber, dass China ein größerer Freund des Landes ist als die EU.

Liegt der Fehler auch bei der EU?

Ich war Studentenfürer gegen Machthaber Milošević, Mitglied der Demokratischen Partei und Bürgermeister Belgrads. Ich glaube fest daran, dass wir ohne EU keine Chance haben, besser zu leben als wir es jetzt tun. Es gibt aber zwei Probleme bei unserem Inte-

grationsprozess: Das erste ist Serbien und seine Regierung Vučić. Er stammt ja aus der Radikalen Partei und hat nur seine Rhetorik geändert. Er versucht, die Opposition zu zerstören und die Medien zu kontrollieren. Das andere Problem ist die EU. Sie hat Vučić zuletzt immer unterstützt, nach dem Motto, es gibt zwar nicht ausreichend Demokratie aber dafür einen stabilen Staat. Die EU macht nicht genug Druck bei Medienfreiheit und Rechtsstaatlichkeit.

War es dann nicht kontraproduktiv, dass Sie die Parlamentswahl 2020 boykottiert haben?

Wir haben sie boykottiert, weil es keine Rahmenbedingungen für freie Wahlen gab. In Serbien werden Oppositionspolitiker brutal

“

Die EU macht nicht genug Druck auf Serbiens Regierung bei Medienfreiheit und Rechtsstaatlichkeit.

Dragan Djilas, Chef der serbischen Oppositionspartei SSP.

angegriffen, mit Eisenstangen werden ihnen die Köpfe eingeschlagen, Kriminelle werden mit Regierungsfahrzeugen zu Veranstaltungen gebracht, um auf friedliche Demonstranten einzuzuprügeln.

Das sind schwere Vorwürfe...

Der Vizepräsident unserer Partei wurde vor drei Jahren angegriffen. Und erst am Wochenende haben in Belgrad and Sabac Hooligans Demonstranten attackiert, die für Umweltschutz und gegen die Regierung protestierten. In den vergangenen vier Jahren wurde ich kein einziges Mal von einer TV-Station mit einer landesweiten Frequenz eingeladen, mich zu äußern. Vučić kann täglich stundenlang seine Botschaften über diese TV-Stationen verbreiten. Er greift dabei den ganzen Tag die Opposition sowie mich persönlich an.

Werden Sie dann auch die Wahl im April 2022 boykottieren?

Nein, werden wir nicht, obwohl es keine Rahmenbedingungen für freie Wahlen gibt. Vučić hat in Brüssel – sogar noch vor der Regierungsbildung 2020 – versprochen, Neuwahlen abzuhalten, da die aktuelle Parlamentsversammlung nicht legitim ist. Wir haben auf die Unterstützung der EU ge-

hofft, die Demokratie wieder herzustellen. Bedauerlicherweise haben die EU-Parlamentarier, die zwischen Regierung und Opposition vermitteln sollten, uns alle, die wir an die EU glauben, verraten. Sie haben einen Vorschlag unterbreitet, der nach Ansicht aller NGOs, die sich mit dem Thema Wahlen befassen, nichts ändern wird. Trotz aller Widrigkeiten haben wir uns dazu entschlossen, uns zu verbünden, gemeinsam bei den Wahlen anzutreten und zu kämpfen. Laut unabhängigen Umfragen haben wir gute Chancen, in Belgrad zu gewinnen – allerdings auch bei der Präsidentenwahl. Vučić ist sich dessen bewusst und daher hat er es bisher vermieden, sich über seine etwaige Wiederwahlkandidatur zu äußern. Viele Menschen in ganz Serbien sagen Vučić nach neun Jahren: Es reicht!

Einige Medien in Serbien stellen Sie als reichen, korrupten Tycoon dar, der in alle möglichen Skandale verwickelt ist...

Dabei handelt es sich nicht um Medien, sondern um Propagandainstrumente von Vučić. Innerhalb eines Jahres wurde ich auf 321 Titelseiten abgedruckt, mehr als 3000 negative, unwahre Berichte wurden über mich veröffentlicht. In mehreren hundert Stunden TV-Sendungen wurde ich medial gelynch. Kein einziges Mal bekam ich Gelegenheit, mich dazu zu äußern. Aufgrund dieser ganzen Lügen habe ich bisher mehr als 150 Klagen gegen diese Medien und Regierungspolitiker eingebracht. 70 Verfahren wurden bisher abgeschlossen, alle zu meinen Gunsten. Aber sie machen immer weiter, weil die Strafen nur lächerliche 1000 Euro ausmachen. Ich werde damit aufhören zu klagen, weil das keinen Sinn mehr hat. Die Security-Leute vom Gericht haben schon gescherzt: Wir geben Dir unser Büro, Du bist eh jeden Tag fünf Stunden hier. Aber es geht nicht nur um mich. Sie versuchen jeden zu zerstören, der gegen Vučić und die Regierung auftritt.

ZUR PERSON

Dragan Djilas war in den 1990er-Jahren in der Bewegung gegen Serbiens Machthaber Slobodan Milošević aktiv. Von 2008 bis 2013 war er Bürgermeister Belgrads für die Demokratische Partei (DS). Derzeit ist er Chef der 2019 gegründeten Partei für Freiheit und Gerechtigkeit (SSP). Djilas ist auch als Unternehmer aktiv. Serbische Medien warfen ihm immer wieder Korruption vor.

COLUMBUS REISETHEK

WIR SIND PERSÖNLICH FÜR SIE DA!

Stillen Sie Ihre Reiselust und vereinbaren Sie noch heute Ihren Beratungstermin mit den Urlaubsexperten der COLUMBUS Reisebüros.

columbus-reisen.at reisethek.at **01/534 110**

